

A. Leiteträge

A.1. Landtagswahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024

ÄA.1.121. Änderungsantrag: Stigmatisierung von Empfänger*innen von Grundsicherungsleistungen konsequent beenden

Einreicher*innen: Linksjugend Sachsen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen möge beschließen:

Ergänze nach Z. 406:

Menschen sind schließlich aus unterschiedlichsten Gründen in Arbeitslosigkeit. Das sollte in den Jobcentern und in der Vermittlung Berücksichtigung finden. In einem ersten praktischen Schritt sollen daher in Sachsen insbesondere in den Bereichen der ganzheitlichen Betreuung (§§ 16g, 16i und 16k SGB II) sowie in der Förderung schwer zu erreichender junger Menschen sozialarbeiterische Fachkräfte beschäftigt werden. Wir wollen durch landesweite Programme außerdem auf das Problem der anhaltenden Stigmatisierung von Menschen in Bürgergeldbezug aufmerksam machen. Zudem soll die Forschung der Gründe von Arbeitslosigkeit vorangetrieben werden, um diese Stigmen zu bekämpfen und Arbeitslosigkeit auf wissenschaftlicher Basis zu bekämpfen.

Begründung:

Laut dem Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit beziehen aktuell ca. 5,4 Millionen Menschen Bürgergeld nach dem SGB II:

- 1,5 Millionen davon sind nicht erwerbsfähig (das sind vor allem Kinder)
- 2,2 Millionen stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, weil sie in Ausbildung sind, ein freiwilliges Jahr absolvieren, Kinder erziehen oder Angehörige pflegen

Es bleiben also 1,7 Millionen Menschen übrig, von denen ca. die Hälfte weniger als ein Jahr in Arbeitslosigkeit bleibt. Die Gründe für Langzeitarbeitslosigkeit sind weiterhin kaum erforscht. Stattdessen wird diese Gruppe an Menschen stark stigmatisiert und in die Enge gedrängt. Die Folgen sind vor allem psychische bis hin zu körperlichen Gesundheitsschäden, die die Wahrscheinlichkeit einer gesellschaftlichen Integration noch geringer werden lassen.

Eine Erhöhung der Strafe bei der Erschleichung von Leistungen ist demzufolge sehr kritisch zu hinterfragen. Hintergründe können unter anderem prekäre und auswegslose Lebenssituationen von Menschen sein oder auch eine starke Sprachbarriere. Die Linke sollte nicht höhere Strafen auch für diese Menschen einführen sondern den Spielraum erhöhen und die Menschlichkeit fördern.

Aus Missgunst der Bevölkerung und der leidigen Debatte um das Bürgergeld begleitet von überdramatisierten RTL II-Shows heraus leiden diese Menschen schließlich unwahrscheinlich und unbemerkt. Noch dazu kommen all die Rentner*innen, die sich im Bezug von Grundsicherungsleistungen im Alter und bei voller Erwerbsminderung nach dem SGB XII befinden (auch deren Leistungen orientieren sich am Bürgergeld-Niveau). Auch darunter befinden sich

Menschen, die in einer ökonomischen Argumentation ihr ganzes Leben lang bspw. Kinder erzogen haben, sich aber aufgrund der fehlenden Erwerbsarbeit nun in Altersarmut befinden.

Beenden wir diesen Kreislauf an Elend endlich! Nehmen wir als LINKE eine konsequent menschliche Position ein!

Entscheidung des Landesparteitages: